

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Thomas Günther (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen

Impfungen gegen die Schweinegrippe in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 2558** vom 3. November 2009 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann ist der Impfstoff gegen die Schweinegrippe in Rheinland-Pfalz eingetroffen?
2. Wenn es richtig ist, dass es z. B. zum Ausfall von drei von vier Kühltransporten für den Impfstoff gekommen ist und die Polizei den Impfstoff ausliefern musste, worin liegen die Ursachen dafür und für weitere Komplikationen?
3. Seit wann ist für die Impfähzte und Apotheken in Rheinland-Pfalz der Impfstoff verfügbar?
4. Inwieweit war das zum offiziellen Impfstart nicht der Fall?
5. Wie viele Impfähzte und Apotheken müssen gegenüber dem jetzigen Stand noch hinzukommen, damit eine bedarfsgerechte flächendeckende Impfung erfolgen kann?
6. Inwieweit haben Impfähzte und Apotheken ihre übernommene Funktion bereits aufgegeben?
7. Inwieweit mussten Impftermine wegen fehlendem Impfstoff oder fehlender impfberechtigter Ärzte abgesagt werden?

Das **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 24. November 2009 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Der erste Impfstoff ist am 22. Oktober 2009 in Rheinland-Pfalz eingetroffen.

Zu 2.:

Die zentrale Annahmestelle für den Impfstoff ist bei der Bereitschaftspolizei in Mainz-Hechtsheim angesiedelt, da dort die Voraussetzungen für Lagerung, Aufteilung und Transport gegeben sind. Die Bereitschaftspolizei hat in Abstimmung mit dem Ministerium des Innern und für Sport und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen die Aufgabe übernommen, mit eigenen Kühlfahrzeugen den Transport von der zentralen Stelle in der ersten Woche zu den Gesundheitsämtern und ab der zweiten Lieferung an die sechs Pharma-Großhändler in Rheinland-Pfalz durchzuführen.

Kurzfristige Störungen an den Kühlfahrzeugen der Bereitschaftspolizei konnten innerhalb kürzester Zeit behoben werden, sodass die Lieferung an die Gesundheitsämter am 23. Oktober 2009 wie vorgesehen durchgeführt wurde. Komplikationen haben sich dadurch nicht ergeben.

Zu 3.:

Die zweite Teillieferung, mit der die Impfkation der gesundheitlich gefährdeten Bevölkerungsgruppen begonnen wurde, ist am Donnerstag, den 29. Oktober 2009, in der zentralen Stelle des Landes angekommen. Diese Lieferung ist in den rheinland-pfälzischen Großhandel und von dort ab dem 2. November 2009 in die 150 Pandemie-Impfstoff-Bezugsapotheken des Landes gegangen. Da die

b. w.

Liefermengen des Herstellers mit 40 000 Impfdosen erneut deutlich unter den zunächst angekündigten 100 000 Impfdosen für die zweite Lieferung lagen, konnten erst mit der dritten Teillieferung (76 000 Impfdosen) am Donnerstag, den 5. November 2009, die restlichen Bezugsapotheken versorgt werden. Alle 150 Bezugsapotheken in Rheinland-Pfalz haben spätestens seit Freitag, den 6. November 2009, Impfstoff zur Weitergabe an die Impfärztinnen und Impfärzte vorrätig gehabt.

Zu 4.:

Mit dem offiziellen Impfstart am 26. Oktober 2009 haben – wie angekündigt – die Impfungen der aufgerufenen Berufsgruppen begonnen. Der Impfstart für die vorrangig zu impfenden Bevölkerungsgruppen war für die Woche vom 2. zum 8. November 2009 angekündigt und hat in vielen Praxen entsprechend begonnen.

Zu 5.:

Es gibt 150 Bezugsapotheken in Rheinland-Pfalz, die die flächendeckende Versorgung der Impfärztinnen und Impfärzte sicherstellen sollen. Weitere Apotheken sind zur Versorgung nicht vorgesehen.

Für die flächendeckende Impfung sollen circa 1 500 Impfärztinnen und Impfärzte landesweit zur Verfügung stehen. Mit Stand vom 13. November 2009 waren in Rheinland-Pfalz 1 174 Impfpraxen ausgewiesen, wobei zum Teil auch mehrere Ärztinnen und Ärzte innerhalb einer Praxis gemeldet sind.

Zu 6.:

Von den 150 Bezugsapotheken hat bisher keine ihre Funktion aufgegeben. Nach Auskunft der AOK haben nur einzelne Ärztinnen und Ärzte ihre Meldung zurückgezogen.

Zu 7.:

Beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen haben sich einzelne Ärztinnen und Ärzte gemeldet, die in Erwartung größerer Impfstoff-Liefermengen bereits ihre Sprechstunden organisiert hatten und diese Termine teilweise wieder absagen mussten. Inzwischen wurde allen Impfärztinnen und Impfärzten mitgeteilt, dass pro Woche maximal 80 Impfdosen pro Impfärztin oder Impfarzt ausgeliefert werden können, bis sich die Liefermöglichkeiten des Herstellers verbessert haben. Das wird nach Auskunft des Herstellers GlaxoSmithKline voraussichtlich ab dem kommenden Monat der Fall sein.

Impfungen wegen fehlender impfberechtigter Ärztinnen und Ärzten mussten nicht abgesagt werden.

Malu Dreyer
Staatsministerin